

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 37

Erscheint Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 11. September 1927

Verlag: Berlin G. 2, Neuer Markt 12 IV  
Telefon: 5529  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

43. Jahrgang

## Das Gebot der Stunde.

Im großen Kampf der Arbeiterschaft ist diese allein auf die eigene Kraft gestellt. Obwohl im Staat und vor dem Gesetz alle gleich sein sollen, zeigt doch die Erfahrung täglich neu dem aufmerksamen Beobachter, daß sich im gegebenen Augenblick alle Interessengruppen gegen die Arbeiterschaft zusammenfinden. Die klare Erkenntnis dieser Tatsache ist es mit gewesen, die den Gedanken des organisatorischen Zusammenschlusses der auf Erwerb angewiesenen Hände und Köpfe in starken Berufsverbänden feste Wurzeln schlagen ließ. Auch unsere Kollegen und Kolleginnen vereinigten sich, um sich durch diesen Zusammenschluß eine Sicherung ihrer Existenz zu schaffen, die ohne diesen Schutz nicht nur stark gefährdet wäre, sondern die sogar in abso lutem Elend versinken würde.

Welche Bedeutung unser Verband für unsere Mitglieder in dieser Beziehung hat, zeigt recht drastisch der Ueberblick, den unsere Verbandsleitung im letzten Jahresbericht im Abschnitt Lohnbewegungen gab. Der Zahl nach waren es 105 Lohnbewegungen, die unser Verband zu führen hatte. Sie betrafen 13 801 Betriebe mit 199 285 beschäftigten Personen. Infolge der stark gedrückten Wirtschaftslage galt die Mehrzahl der Bewegungen der Abwehr von Verschlechterungsversuchen, da die Unternehmer die für sie günstige Situation nach Kräften für sich auszunützen bestrebt waren. 56 Bewegungen galten dieser Abwehr und nur 49 Bewegungen dienten dem Angriff zur Erreichung von Verbesserungen. Mit besonderer Genugtuung kann der Bericht der Verbandsleitung feststellen, daß „nahezu alle Tarife und Löhne trotz der katastrophalen Arbeitslosigkeit und schweren wirtschaftlichen Depression in Geltung bleiben konnten“. Einzig die Kartonnagenbranche mußte einen Abbau über sich ergehen lassen, dessen Ursache in dem unzureichenden Organisationsstand dieser Gruppe zu suchen ist. Ueberall da, wo das Organisationsverhältnis unserer Kollegen und Kolleginnen ein einigermaßen ausreichendes ist, wo also die Macht des Zusammenschlusses zur Geltung kommt, da ist der Schutz durch diesen Zusammenschluß ganz unverkennbar.

Abwehr von Verschlechterungsversuchen der Unternehmer ist jedoch nicht der erste Zweck des Verbandes. An der Spitze seiner Aufgaben steht die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um diese Auf-

gabe zu erfüllen, bedarf es neben der Geschlossenheit der Kollegen und Kolleginnen auch der ausreichenden materiellen Grundlage. Lohnkämpfe fordern immer Opfer, doch diese Opfer erträglich zu gestalten, dazu dient die gewerkschaftliche Streikunterstützung, deren Höhe von maßgebendem Einfluß auf das Gelingen jeder Lohnbewegung ist. Auch die Unternehmer wissen sehr genau, daß der wirtschaftliche Kampf, der Kampf um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Geld kostet und daß ein ausdauernder Kampf nicht von dem einzelnen allein getragen werden kann. Deshalb haben sie sich nicht nur starke Organisationsmittel geschaffen, wie an anderer Stelle dieser Nummer unserer „Buchbinder-Zeitung“ nachzulesen ist, sondern sie haben sich daneben auch ihre Streikversicherungs-kasse gegründet, die nicht nur, wie der Name besagt, in Streitfällen dem einzelnen Unternehmer eine Stütze sein sollen, die vielmehr auch dem Angriff dienen, das heißt auch bei Aussperrungen in Wirksamkeit treten.

Diese Streikversicherungskassen zählen zu den wichtigsten Kampfmitteln der Unternehmer. Sie sind aus der Erwägung gebildet worden, daß die Streiks auch den Unternehmern schwere materielle Verluste bringen, die den Ruin von Unternehmungen zur Folge haben können. Der jetzige Außenminister Stresemann, früher Syndikus bei den sächsischen Industriellen, darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die erste derartige Streikversicherungskasse, den Deutschen Industrieschutzverband, in Dresden, ins Leben gerufen zu haben. Unter seiner Leitung hat sich die Streikversicherungskasse zur Zufriedenheit der Unternehmerwelt entwickelt. Von 651 Mitgliedern im Jahre 1906 ist die Mitgliederzahl auf 14 500 im Jahre 1925 gestiegen. — Neben dem hier genannten Deutschen Industrieschutzverband besteht dann noch der „Deutsche Streikschutz e. V.“. Hinter dieser Streikversicherungskasse steht hauptsächlich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Dieser Verein zählte 1926 6657 Mitglieder. Die Finanzlage ist eine sehr günstige. Allein im letzten Berichtsjahr konnten dem Reservefonds 570 000 Mark zugeführt werden. — Eine weitere bedeutende Streikentschädigungskasse ist die „Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei ArbeitsEinstellungen“, Berlin.“ Der Einfluß und die Bedeutung ist schon aus der Vermögensgestaltung deutlich

erkennbar. Im Jahre 1926 hat sich das Vermögen dieser Gesellschaft von 2,2 Millionen auf 4,6 Millionen Mark erhöht.

Wenn sich schon die Unternehmer, diese wirtschaftlich Starke im Kampf um das Erträgnis der Arbeit, durch hohe Beitragsleistung an ihre Streikentschädigungskasse einen materiellen Rückhalt sichern, dann ist das um so mehr für die wirtschaftlich Schwachen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, notwendig, da diese sich auf eigene persönliche Kapitalkraft nicht stützen können. Die Verbandsbeiträge dienen zwar dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wenn aber, verursacht durch ungünstige Wirtschaftslage, diese Beiträge nicht ausreichend erscheinen, um mit Aussicht auf Erfolg einen offenen Kampf wagen zu können, dann muß mit zwingender Notwendigkeit diesem Mangel abgeholfen werden. Es wäre sinnlos und unverantwortlich, mit unzureichenden Mitteln einen Kampf zu beginnen.

Nachdem wir in den letztjährigen Tarifverhandlungen im Uebermaß sehen mußten, daß alle unsere Unternehmergruppen der weiteren Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder einen immer stärker werdenden Widerstand entgegensehen, ja, daß alle alles darauf anlegen, um diese Lohn- und Arbeitsbedingungen in eine rückläufige Bewegung zu bringen, und nachdem dadurch klar erkennbar wurde, daß alle Umstände auf den Austrag dieser Gegensätzlichkeiten in voller Schärfe hindrängen, da war es ein Gebot der allergrößten Selbstverständlichkeit für unsere verantwortlichen Verbandsinstanzen, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, damit dem unvermeidlichen Zusammenstoß mit unseren Unternehmerverbänden mit bester Aussicht auf Erfolg für unsere Mitglieder entgegengekehrt werden kann. Mag auch das Verhalten der einen Unternehmergruppe einen aggressiveren Anstrich haben als das der anderen, keine unserer Berufsgruppen ist sicher davor, daß sie als erste den Kampf zu wagen hat. Hierüber sollte sich nicht nur jedes Verbandsmitglied, sondern jeder Kollege und jede Kollegin, die nicht gerade mit sträflicher Gleichgültigkeit in den Tag hineinleben, klar sein. Darum ist für alle unsere Kollegen und Kolleginnen das Gebot der Stunde:

**Duldet keine Anorganisierten im Betrieb!  
Stärkt euren Verband durch Aufklärung der Anorganisierten!  
Sichert euch den materiellen Rückhalt durch die freiwilligen Beiträge an den Widerstandsfonds!**

## Das Jahrbuch des ADGB. für 1926.

Die Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wie sie in regelmäßiger Folge seit dem Jahre 1923 erscheinen, haben eine doppelte Bedeutung. Sie sind erstens Rechenschaftsberichte des Bundesvorstandes über seine Tätigkeit während des vergangenen Jahres, in denen die Bilanz des Erreichten gezogen wird. Sie bieten daher jeweils ein geschlossenes Bild der modernen Gewerkschaftspolitik. Aus jedem dieser Jahrbücher kann der nicht mit der Bewegung vertraute Leser sich einen Überblick verschaffen über das weite Gebiet, auf dem die Gewerkschaften heute wirken. Der in der Bewegung tätige Funktionär aber wird aus dieser Darstellung den großen Zusammenhang kennenlernen, in dem seine eigene Arbeit, gleichgültig, in welchem Wirkungstreife er sie leistet, mit der Gesamtbewegung steht.

Die Jahrbücher sind zweitens ein Stück lebendige Gegenwartsgeschichte. Gegenwartsgeschichte ist keine gelehrte Angelegenheit. Gegenwartsgeschichte ist Politik, sie will eingreifen in das geschichtliche Werden. Die Verhältnisse der Gegenwart sind hier nicht nur Gegenstand der Betrachtung, sondern Objekt eines auf ihre Veränderung gerichteten Willens. Gegenwartsgeschichte ist daher, wenn sie ihren Sinn erfüllen soll, eine mitgestaltende Kraft der Zukunft. Aber sie kann es nur sein, wenn sie den tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen Rechnung trägt, wenn sie eine Synthese zielbestimmten Willens und strenger Objektivität ist.

Die Jahrbücher sind ein Versuch, diese schwere Aufgabe auf ihrem Gebiet zu lösen. Sie stellen die Gewerkschaftspolitik mitten hinein in die übergreifenden Zusammenhänge der deutschen Wirtschaft, der Weltwirtschaft, der deutschen und der internationalen Sozialgesetzgebung und der gesamten Arbeiterbewegung, sie schildern die eigene Tätigkeit wie die Bedingungen, unter denen sie geleistet worden ist, die sie gefördert oder gehemmt haben. In diesem weitgefühten Rahmen werden die Geschichte der Gewerkschaften, die äußere Entwicklung ihrer Organisationen, die Kämpfe der einzelnen Verbände, wie die von den Spitzenorganisationen durchgeführten und in Angriff genommenen Gemeinschaftsaufgaben erst in ihrer Bedeutung für das heutige Deutschland lebendig und verständlich.

Das neue Jahrbuch hat die Grundeinteilung der früheren Jahrbücher beibehalten. Die ersten beiden Kapitel schildern die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926, die Stellung der Gewerkschaften zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Unternehmer und der Regierung (Wirtschaftspolitik). Die beiden folgenden Kapitel greifen zum Teil über das Berichtsjahr hinaus — wie denn überhaupt aus sachlichen Gründen eine schematische Abgrenzung nicht möglich ist — und geben eine Darstellung der Weltwirtschaftskonferenz, ihrer Vorgeschichte, ihres Verlaufs und ihrer Ergebnisse, sowie eine nicht minder eingehende Darstellung der Geschichte, der Arbeitsweise und der bisherigen Ergebnisse des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enqueteauschuss).

Eine Betrachtung des Arbeitsmarktes im In- und Ausland leitet über zu dem sozialpolitischen Teil, in dem zunächst eingehend über die mannigfachen Fragen berichtet wird, die sich aus einer planmäßigen

Arbeitsmarktpolitik ergeben. Die Regelung der Unterstützung der Erwerbslosen setzt die Lösung einer Fülle von Einzelproblemen voraus, über die immer wieder verhandelt werden mußte. Die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag über die Arbeitslosenversicherung bis zur Verabschiedung des Gesetzes werden kurz skizziert, ebenso der Aufbau des neuen Zweiges sozialer Selbstverwaltung, für den das neue Gesetz die Grundlage schafft.

In dem Abschnitt „Der Kampf um den Achtstundentag“ wird das Arbeitsschutzgesetz analysiert und ferner die Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Arbeitszeit erörtert, ihr eigener Gesetzesentwurf, dessen einfache und klare Gesichtspunkte in dem Arbeitszeitnotgesetz der Regierung nicht berücksichtigt wurden, sondern einer gesetzestechnisch unzulänglichen und sachlich unklaren Lösung dieses Problems weichen mußte.

Die sozialpolitische Berichterstattung wird durch eine Reihe von Kapiteln abgerundet, die sich mit der Reichswirtschaft und der Umbildung der Berufsvertretungen, mit dem Arbeitsschutz im allgemeinen und dem Bauarbeiterschutze im besonderen, mit der Stellungnahme des Bundesvorstandes zu den organisatorischen Problemen der Arbeiterversicherung wie mit der Tätigkeit der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes befassen. Auch die Lehrlingsfragen (Berufsausbildungsgesetz), die Jugendschutzforderungen werden eingehend gewürdigt.

Auf die regelmäßig wiederkehrenden, durch ihre reichhaltigen und zuverlässigen statistischen Unterlagen ausgezeichneten Kapitel über die Entwicklung der Tariflöhne, über die Statistik der Verbände und der Ortsauschüsse braucht in diesem Zusammenhang nur hingewiesen werden.

In dem Abschnitt, der dem gewerkschaftlichen Bildungswejen gewidmet ist, findet sich eine wertvolle Statistik über die Zahl der Schüler, die von den Gewerkschaften zu den staatlichen Wirtschaftsschulen, der Akademie der Arbeit und der Heimvolkshochschule Tinz entsandt worden sind.

Zum erstenmal wird in diesem Jahrbuch auch über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften, über die Bauhütten, über die Volksfürsorge und die Arbeiterbank berichtet. Damit wird ein von der Kritik mit Recht hervorgehobener Mangel der bisherigen Jahrbücher behoben. Die wirtschaftliche Initiative der Gewerkschaften steht erst in ihren Anfängen. Daß sie trotzdem schon zu sehr beachtenswerten Leistungen gelangt ist, darüber geben diese Kapitel des Jahrbuchs interessante Aufschlüsse.

Den Abschluß des Jahrbuchs bildet wie immer eine knappe Darstellung der bedeutendsten Vorgänge im Bereich der ausländischen Gewerkschaftsbewegung sowie der Entwicklung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die allgemeine Bedeutung der Jahrbücher würde einleitend hervorgehoben. Diese Ausführungen gelten auch für das Jahrbuch 1926. Wer sich über die Gewerkschaften, über ihre Stellung zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen orientieren will, insbesondere aber die Funktionäre der Gewerkschaften selbst, werden auch in dem neuen Jahrbuch reiche Anregung und Belehrung finden.

## Unser Berufsnachwuchs.

Wer aufmerksam die Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens beobachtet, dem wird eine Erscheinung der letzten Zeit aufgefallen sein, die durch ihre Auswirkungen die gespannteste Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft verdient. Es ist dies der Mangel an jugendlichen, d. h. billigen und billigen Arbeitskräften. Die aufsteigende Wirtschaftskurve ließ diesen Mangel jäh in die Erscheinung treten.

Die Ursache dieses Mangels an jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen liegt einmal an dem Geburtenrückgang, da ja auch in der Arbeiterschaft erfreulicherweise ein erhöhtes Verantwortungsgefühl Platz gegriffen hat, dem die gedankenlose Produktion von Kanonenfutter und Arbeitskräften weichen mußte. Andererseits hat die Rationalisierung und die damit verbundene scharfe Arbeitsteilung der Verwendung jugendlicher Arbeitskraft größeren Spielraum geschaffen. Im Zusammenhang damit steht auch die bei den Unternehmern herrschende Tendenz der Verdrängung der älteren Arbeitskräfte und deren Ersatz durch jüngere und billigere.

Der durch den Krieg bedingte außerordentliche Geburtenausfall wird sich vom Jahre 1929 ab auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Da ist es für die Gewerkschaften eine Notwendigkeit, an der Verteilung des verringerten Nachschubes an Arbeitskräften auf die verschiedenen Produktionszweige viel aktiveren Anteil zu nehmen als bisher. In unserem Gewerbe der Papierverarbeitung mit seinen vielerlei Berufsgruppen sind es eine ganze Reihe von Spezialgewerben, die so überfüllt sind, daß für eine ganze Reihe von Jahren feinerer beruflicher Nachwuchs nötig ist. Das gilt insbesondere für die Kontobuchbranche, deren einzelne Angehörige, Umrißer, Vorrichter, Marmorierer, Fertigmacher usw. mit am meisten von der Erwerbslosigkeit betroffen wurden und die auch heute noch den größten Prozentsatz an Arbeitslosen innerhalb unseres Verbandes haben. Von den Unternehmern wird ja zwar schon immer von einem Facharbeitermangel gesprochen. Das darf uns aber nicht abhalten, an Hand unseres statistischen Materials den Bedarf an beruflichem Nachwuchs festzustellen und entsprechenden Einfluß auf die Berufsberatung, Schulen, Elternschaft usw. auszuüben.

Ein Umding ist es, wenn die Handwerker- und Kleinbetriebe unseres Faches eine Lehrlingszahl hatten, von der sie nicht einmal 10 Proz. als Gehilfen aufnehmen und beschäftigen können. Ob eine für Arbeiterkern so opfervolle Meisterlehre von 3½ bis 4 Jahren, wie neuerdings verlangt wird, in der fast vollendeten Industrialisierung der Buchbinderei noch einen Wert hat, ist eine offene Frage. Den wesentlichsten Bestandteil unserer Kollegenchaft bilden ja die verschiedenen Fach- oder Teilarbeiter, deren Ausbildung doch am besten in den einschlägigen Großbetrieben unter Mitwirkung geeigneter Fachschulbildung erfolgt. Es wird hierbei natürlich nicht die Vielseitigkeit erworben wie in der handwerklichen Lehre. Dadurch ist aber auch eine kürzere Lehrzeit durchaus angebracht. Die Erreichung der höchstmöglichen Fertigkeit in den einzelnen Spezialzweigen kann doch nur durch vielfältige Tätigkeit erworben werden. Unsere Tarife werden durch die niedrigen Lohnsätze in den ersten Gehilfenjahren diesem Umstand gerecht. Wir müssen aber andererseits verlangen, daß unsere Kollegen und Kolleginnen an der durch solche forcierte Spezialtätigkeit gewaltig gestiegenen Produktion einen entsprechenden Anteil haben. Diese Forderung ist um so berechtigter, als diese Arbeitsweisen dem einzelnen Arbeiter den seelischen und ideellen Zusammenhang mit seiner Arbeit verlieren läßt und ihn zum Sklaven des Tempos und der Routine herunterdrückt. Der Kundenbuchbinder, der einen Einband von Anfang bis zu Ende fertigt, wird von seiner Arbeit eine andere Befriedigung empfinden, als der Kollege in der Partie, am Dreischneider usw. sie von seiner Massenarbeit empfängt. Und doch hat der letztere eine ganz wesentlich größere Menge wirtschaftlichen Wertes hervorgebracht.

Aus dem Gesagten ergibt sich, welche Bedeutung der Facharbeiter in unserem Berufe hat und wie wichtig eine Regulierung des beruflichen Nachwuchses nach den Gesichtspunkten der Ausnahmefähigkeit und Beschäftigungsmöglichkeit in den einzelnen Branchen ist.

## Im Zeitalter der Organisation.

J. T. „Es sind nicht mehr private An-  
gelegenheiten, die sich bei Abschluß der Verträge  
über die Arbeitsverhältnisse abspielen, es sind  
öffentliche Angelegenheiten geworden,  
von denen das ganze Volk aufs  
stärkste ergriffen wird.“ Diese Fest-  
stellung in einem Jahresbericht von Unter-  
nehmerseite soll den grundlegenden Uebergang  
von den individualistischen zu den  
kollektivistischen Beziehungen zwischen  
Arbeiter und Unternehmer andeuten. Die Ge-  
werkschaften als berufene und anerkannte Ver-  
treter und Träger der kollektivistischen Arbeiter-  
interessen haben an der Schaffung dieses Zu-  
standes entscheidenden Anteil genommen. Sehr  
oft hat man das gewerkschaftliche Wirken und  
kollektivistische Streben der Arbeiter verpönt  
und in letzter Zeit besonders über das Ge-  
werkschaftsmonopol geklagt. Wie un-  
gerecht und haltlos jedoch derartige Kritiken sind,  
beweist das neuerschienene „Jahrbuch der Be-  
rufsvverbände“, das von der Reichsarbeitsver-  
waltung periodisch herausgegeben wird. Nach  
dessen zuverlässigen Angaben gibt es gegen-  
wärtig in Deutschland

**1535 Reichsverbände und 914 Bezirks-  
verbände der Unternehmer.**

Daß es sich bei diesen Organisationen nicht  
lediglich um Abwehrverbände gegenüber den  
Gewerkschaften, sondern um besondere  
Interessenverbände und um das  
monopolistische Machtstreben der  
Unternehmer handelt, geht daraus her-  
vor, daß sich die meisten Reichsverbände (1248)  
nur mit wirtschaftlichen Fragen befassen.  
Mit wirtschaftlichen und Arbeiterfragen be-  
schäftigten sich 240, nur mit Arbeiterfragen  
47 Verbände.

**Die Unternehmer wissen also ihre wirt-  
schaftlichen Interessen durch gemeinsames  
handeln sehr gut wahrzunehmen.**

Man behauptet deshalb nicht zu viel, wenn  
man betont, daß nicht nur die Regelung der  
Arbeitsverhältnisse der privaten Initiative  
entzogen ist, sondern daß die gesamten  
wirtschaftlichen Beziehungen in  
weitem Maße kollektive Angelegenheiten ge-  
worden sind.

Wie sehr die beiden letzten Jahrzehnte das  
Entstehen der Unternehmervor-  
bände gefördert haben, beweist folgendes Bei-  
spiel: Bis 1900 bestanden in Deutschland 222  
Reichsverbände der Unternehmer. In den  
folgenden zehn Jahren wurden 249 Verbände  
gegründet. 173 Verbände entwickelten sich von  
1911 bis 1915 und schließlich zeichnen sich die  
Jahre 1919/20 durch die Gründung von 300  
Organisationen besonders aus. Daß das ver-  
stärkte Organisationsinteresse der Unternehmer  
nicht — wie bei vielen Arbeitern — nur eine  
vorübergehende Angelegenheit war und ist,  
zeigt das Bestehen von 1535 Verbänden im  
Jahre 1926. In dem erwähnten Jahrbuch wird  
ausdrücklich hervorgehoben, „daß die Gründer-  
tätigkeit auch in den Jahren nach 1923 nicht  
geruht, wenn sich auch die Zunahme gegenüber  
den früheren Jahren verlangsam hat.“

**Die Geschlossenheit des Unternehmertums  
blieb unter Ueberwindung aller schwierigen  
Verhältnisse in vollem Umfange erhalten.“**

Beachtenswert und von großer gewerkschafts-  
politischer Bedeutung ist auch der zentrale  
Zusammenschluß der Unternehmervverbände.  
Da ist zunächst

der Reichsverband der deutschen Industrie,  
der die wirtschaftspolitischen Inter-  
essen wahren soll. Ihm gehören 977 Verbände  
an, die sich meist nach beruflichen und sachlichen  
Interessen gliedern und zum Teil Spitzen-  
organisationen einzelner Berufe sind. Ins-  
gesamt gehörten deshalb dem Reichsverbande  
deutscher Industrie im April 1926 unmittelbar  
und mittelbar etwa 2000 Verbände an. — Als  
zweite Zentralorganisation der Unternehmerv-  
verbände existiert bekanntlich

die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände  
die grundsätzlich die Lohn- und sozial-  
politischen Angelegenheiten zu erledigen  
hat. Der Vereinigung gehören die Arbeitgeber-  
verbände einzelner Berufe und Bezirke an.  
Beide Zentralorganisationen (Vereinigung  
deutscher Arbeitgeberverbände und Reichsver-  
band der deutschen Industrie), die nur nach  
Arbeitsgebieten getrennt sind, vereinigen die  
ihnen angeschlossenen Verbände in dem

**Zentralausschuß deutscher Unternehmervverbände**

Diese Vereinigung wurde 1920 ins Leben ge-  
rufen. Als Gründungszweck wurde angegeben  
„die geschlossene Wahrnehmung der gemein-  
samen Interessen der deutschen Unternehmerv-  
schaft und die einheitliche Abwehr aller gegen  
sie gerichteten Bestrebungen“. Wenn man in  
der Öffentlichkeit in den letzten Jahren eine  
unmittelbare Betätigung des Zentralausschusses  
nicht beobachten konnte, dann beweist doch seine  
Existenz, wie sehr man auf Unternehmerseite  
um die Konzentration aller Kräfte  
bemüht ist. Berücksichtigt man außerdem die  
nicht erwähnten Kartelle sowie die fort-  
schreitende Vertrustung der deutschen  
Industrie, dann kann man ermaßen,

**wie groß der organisierte Machtbereich des  
deutschen Unternehmertums für die Gestal-  
tung des politischen und wirtschaftlichen  
Lebens ist.**

Angeichts dieser straffen einheitlichen Orga-  
nisierung der Unternehmer erscheint das  
Organisationswerk der Arbeiter  
relativ ungünstig. Schon rein zahlenmäßig  
wird die organisatorische Schlagkraft der  
Arbeitergewerkschaften gehemmt, da 1925 von  
21 Millionen Arbeitern nur 8,1 Millionen (also  
39 Proz.) organisiert waren. Hinzu kommt,  
daß dieses Organisationsheer

**organisatorisch in verschiedenen Richtungen  
zersplittert**

ist. Neben der freigewerkschaftlichen  
Hauptmacht finden wir christlich-nationale, frei-  
heiliglich-nationale, syndikalistische, wirtschafts-  
friedliche und konfessionelle Gruppen und  
Grüppchen. Es ist zu wünschen, daß die deut-  
schen Arbeiter die Organisationsstätigkeit der  
Unternehmer nachahmten und sich

**über allen Meinungsstreit hinaus nach  
wirtschaftlichen Interessen**

organisierten. Erwähnenswert bei den dies-  
bezüglichen Angaben des Jahrbuches ist, daß  
nur die Mitgliederzahl der wirtschaftsfriedlichen  
Verbände, gemessen an den Jahren 1920 und  
1925, sich um 20 000 erhöht haben soll, während  
die syndikalistische Richtung von 240 000 Mit-  
gliedern auf 63 000 zusammengeschmolzen ist.  
Wäre das Jahr 1926 statistisch bearbeitet  
worden, dann könnte der Bericht auch einen

**Aufstieg der freigewerkschaftlichen Bewegung**  
anzeigen. Daß dieser erwünschte Aufstieg tat-  
sächlich vorhanden ist, ist eine erfreuliche Tat-  
sache angesichts der organisatorischen Verflech-

tung der heutigen Wirtschaft und läßt uns  
hoffen, daß die Einsicht der Arbeiterschaft in das  
Geschehen der Wirtschaft wächst.

Abgerundet wird das Bild über die Organi-  
sationen in Deutschland mit einer Uebersicht  
über die Verbände der freien Berufe.  
Dabei ist ersichtlich, daß die Ärzte, die Juristen,  
die Theologen, die Schriftsteller u. a. m. gleich-  
falls in Berufsverbänden zusammengeschlossen  
sind. Berufs-, Klassen- und Wirtschaftsinter-  
essen haben demnach in den letzten Jahrzehnten  
überall Organisationen entstehen lassen, die  
weitgehend das öffentliche Leben beherrschen  
und damit auch das Schicksal des einzelnen  
regeln. **Wer diesen Zustand als Gewerkschafter  
beobachtet, muß deshalb mit aller Energie für  
die restlose Erfassung der Anorganisierten durch  
die freien Gewerkschaften sorgen. Denn:**

**Der große Mann geht seiner Zeit voraus,  
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,  
Der Schlaupopf beutet sie gehörig aus,  
Und nur der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.**

**Sie müssen die Erfolge der Gewerkschaften  
anerkennen.**

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß die  
gewerkschaftlichen Erfolge teilweise von allen  
anderen Leuten eher anerkannt werden, als  
von den Arbeitern selbst. Der „Proletarier“  
bringt in der Nr. 6 eine Auslassung des Syn-  
dikus der feuerfesten Industrie in Köln in der  
„Tonindustriezeitung“. Besagter Syndikus,  
Dr. Heck, beurteilt die gewerkschaftliche Tätig-  
keit folgendermaßen:

„Außer dem Druck eines großen Arbeits-  
losenheeres beeinflussten das Leben der Ge-  
werkschaften mannigfache soziale, wirtschaft-  
liche Probleme. Die gestiegene Bedeutung  
und der größere Einfluß der Gewerkschaften  
ist auf allen Gebieten augenfällig. — Allein  
im verflossenen Jahre ist die  
innere Geschlossenheit der Ge-  
werkschaften sehr gewachsen. Der  
Mitgliederbestand hat zugenommen und die  
Bermögensbestände der einzelnen Gewer-  
kschaften sind zum Teil erheblich gestiegen.  
Die Konzentration der Gewerkschaften machte  
weitere Fortschritte. Es gelang ihnen, trotz  
des ungeheuren Druckes auf dem Arbeits-  
markte, eine allgemeine Lohnsenkung zu ver-  
hindern. In der Arbeitszeitfrage konnten sie  
trotz der Krise erheblichen Boden zurückge-  
winnen.“

Dem halte man gegenüber, was man manch-  
mal in Arbeiterversammlungen über die Erfolge  
der Gewerkschaften zu hören bekommt. Viele  
Diskussionsredner tun sich in der Regel nicht  
genug darin, die gewerkschaftlichen Erfolge  
in Mißerfolge umzudeuten und die Tätig-  
keit der Gewerkschaften herunterzureißen. Es  
ist bedauerlich, daß selbst vernünftige Gewer-  
kschafter solche Tiraden widerspruchslos über sich  
ergehen lassen. Unsere Kollegen und Kollegin-  
nen sollten sich jene Urteile merken, die Unter-  
nehmervertreter in schwachen Stunden abgeben.  
Die Folge würde sein, daß sie noch eifriger wie  
bisher für die Stärkung ihrer Organisation  
bemüht sein werden.

**Gelesene Nummern der „Buchbinder-  
Zeitung“ gibt man an seine unorgani-  
sierten Mitarbeiter weiter.**

**Die Ausstellungen in Leipzig und Dresden.**

Von Robert Breuer.

Nach der Betriebsstatistik von 1925 waren bei der Erzeugung und der Verarbeitung von Papier 570 000 Personen beschäftigt. Dabei ist zu beachten, daß die Herstellung von Papier, soweit sie



Eine moderne Papiermaschine.

und damit das Handverfahren, das heute nur noch für besonders edle Sorten angewandt wird, beinahe verdrängt. Während 1840 in Deutschland noch 1500 Bütten zu finden waren, gibt es 1924 deren nur noch 50; wenn im Jahre 1819 die erste Maschine aufgestellt wurde, rollen 1924 beinahe 800. Entsprechend steigert sich die Produktion; um 1800 dürfte sie für ganz Deutschland kaum 15 000 Tonnen betragen haben, 1926 werden 1,7 Millionen Tonnen hervorgebracht. Die Tagesproduktion einer modernen Druckpapiermaschine beträgt das Dreifache der Jahresleistung einer großväterlichen Papiermühle. Aus solchen Ziffern ergibt sich die gewaltige Bedeutung des Papiers für die deutsche Wirtschaft. Wer sinnfällig davon überzeugt sein will, durchwandere die Dresdener Papierausstellung, die einen immer wieder überraschenden Einblick in diese industrielle Provinz gewährt.

Etwa ein Viertel der gesamten Papierleistung wird für den Zeitungsdruck verwandt, ein anderes Viertel wird ausgeführt. Neben dem Zeitungspapier, dem Schreibpapier, dem Packpapier, dem sonstigen Druckpapier gibt es aber noch unzählige andere Anwendungen: Buntpapier, dessen Familie in Dresden als Blume, als Theaterdekoration, als Maskenkostüm in phantastischer Lustigkeit gezeigt wird, Papiere für Geldscheine und Briefmarken, für Tapeten, Plakate, Photographien, durchsichtige und leuchtende Papiere, Papiergespinste, Pappen, Hartpapiere, Kartons in den verschiedensten Stärken, Papiere für die zarten Umhüllungen von Schokoladen, derbere für Zigarettenpackungen und besonders widerstandsfähige für Koffer. Des nur eine ungefähre Auswahl. Jede dieser Gattungen wird durch besondere, äußerst raffinierte Apparatur erzeugt, jede wird durch nicht minder geistreiche Maschinen angewandt. Die Einwickelmaschinen, die durch ein, zwei Dutzend magischer Griffe auf das sauberste und schnellste besorgen, wozu sonst der Hygiene entgegen, ein Kranz von Händen notwendig ist, rücken die Verdrängung des Menschen durch stählerne Räder und Zangen verdrängt nahe.

Den Rohstoff für den weitaus größten Teil des Papiers liefern die Wälder. Während früher für die Papierherstellung textile Abfälle, Lumpen, benutzt wurden, beschränkt sich der Verbrauch dieses wertvollen Materials heute auf etwa 60 000 Tonnen zur Erzeugung der teuren Qualitäten. Alles übrige Papier wird aus Pflanzenfasern, vor allem aus Laub- und Nadelhölzern, hergestellt; die primitiveren Papiere aus Holzhackspänen, die feineren aus Zellstoff, einer chemisch gewonnenen, hochwertigen Umwandlung des gewachsenen Rohstoffes. Nur 40 Proz. des benötigten Holzes stammt aus Deutschland, der überwiegende Teil wird aus dem Ausland bezogen, aus Polen, Finnland und der Tschechoslowakei. Der dau-

ernd wachsende Bedarf macht der Fabrikation bereits heute Beschaffungsorgen.

Die Verwendung des Holzes für die Papierherstellung datiert aus dem Jahre 1840 und wird zurückgeführt auf den sächsischen Webermeister Johann Gottlieb Keller. Vorbild sind die Weipennester, die aus zarten, aus dem Holz herausgelöst, mit Speichel und anderen Sekreten verführten Holzfasern aufgebaut werden. Dem Prinzip nach ist der Holzhackspän nicht anderes als eine Nachfolge in der Erfindung des Insekteninstinktes. In dessen haben die Laboratorien und der technische Witz des Menschen mancherlei getan, um den simplen Kau- und Verdauungsprozess höchst kompliziert zu steigern. Heute kann Papier für alle nur denkbaren Ansprüche und Beanspruchungen hergestellt werden; zur Prüfung der Produkte auf Festigkeit, Saugfähigkeit, Dehnbarkeit, Dichtigkeit, Holzgehalt, Leimung gibt es unbestechliche Meßinstrumente.

Bedeutsam ist auch die Industrie der Farben, durch die der bleiche Stoff den benötigten Ton bekommt, oder mit denen er beschriebe und bedruckt wird. Die Zusammenhänge zwischen dem Papier als Träger und den Farben, Tinten und Lacken sind äußerst subtil; die jeweilige chemische Beeinflussung der Faser, daneben die Echtheit gegen Reiben, Wasser und Licht sind umfangreiche Gebiete spezialisierter Wissenschaft. Der überschwengliche Reichtum all der Möglichkeiten der Papierherzeugung hat übrigens bereits seit längerer Zeit zur Festlegung von Normalformaten und von Normformaten geführt. Die Ökonomie der Wirtschaft fordert auch hier, die fast unbegrenzte Gegebenheit der Varianten auf bestimmte, erforderliche Typen zu beschränken. Man braucht nur zu überlegen, wie eine Druckmaschine in ihrer Rentabilität abhängig ist von der vollen Ausnutzung des Papierformats, um zu erkennen, daß schrankenlose Willkür in der Größenangabe etwa eines Prospektes oder eines Buches zu zweckloser Vergeudung von Rohstoff und Arbeitskraft führen muß. Die Bücherfahrräder, nicht minder die Briefschreiber und Aktenmacher wissen genug von Belästigung durch ungenutzte Formate. Die Normierung der Papierformate ist eine dringende Aufgabe geordneter Wirtschaft. Im Jahre 1926 hat das Reichsfinanzministerium durch einen Erlass über die Verwendungsklassen und Verwendungsvorschriften der für die Reichsbehörden verbindlichen Papiere einen bemerkenswerten Vorstoß für solche Rationalisierung der Papierproduktion getan. Man darf wohl erwarten, daß in absehbarer Zeit sowohl die Dichter wie die Briefschreiber und die Reklamemänsler darauf verzichten, ihre Individualität durch das Papierformat zu verkünden.

Eine interessante Gegenüberstellung gibt es, wenn der Jahresverbrauch, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, verglichen wird. Da zeigt sich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika weitaus an der Spitze marschieren; ein jeder ihrer Bürger konsumiert in zwölf Monaten 62 Kilo Papier. Der Engländer begnügt sich mit 37, während der Deutsche mit 21 Kilo auskommen muß. Dem Franzosen genügen 20,5 Kilo, dem Schweden 20, dem Schweizer und Belgier je 19. Der Oesterreicher gar beschränkt sich auf 14 Kilo, der Japaner auf 10,5, der Tschechoslowake auf 10, während der Italiener sich nicht geniert, mit 8 Kilo papierern Jahresverbrauch zufrieden zu sein. Er wird nur noch vom Spanier mit 6 und vom Sowjetrussen mit 3 Kilo untertroffen. Zu solcher Statistik ist allerdings anzumerken, daß sie noch mehr als manche ihrer Geschwister der genaueren Ausdeutung bedarf. Bei Rußland z. B. müßte unterschieden werden zwischen dem euro-

päischen und dem abseits der sogenannten Zivilisation gelegenen asiatischen. Im übrigen aber wäre es gewiß falsch, den Verbrauch an Papier als alleinigen Maßstab der Kultur gelten zu lassen. Es ist nicht ohne weiteres zuzugeben, daß Deutschlands Kulturstand nur ein Drittel von dem der Vereinigten Staaten bedeutet; es kommt schließlich nicht nur darauf an, daß Papier bedruckt wird, ein wenig fällt auch in die Waagschale, was auf dem Papier zu lesen ist, ob Schauererzählungen und Annoncen, ob Philosophie oder sonstige Geistigkeit.

Das Papier ist das Mittel, den Geist zu materialisieren. Welche Schwierigkeiten beständen für die Lyriker, die Dramenschreiber, die Forscher, wenn es kein Papier gäbe. (Von den Nachrichtenagern zu schweigen.) Solche Inertheitlichkeit des Papiers wird, wie so manche entscheidende Voraussetzung, oft genug vergessen. Es ist kaum vorzustellen, wie die Welt ohne Papier aussehen würde. Die Geschichte des Papiers und seiner Verwendung, seiner Wandlung in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern ist der Aufstieg aus der Animalität und primitiven Gebundenheit zur Freiheit unversalfen Herrentums. Dem Buch gebührt das Höchste des Menschen. Ein reiches Konzert solchen Bekenntnisses gewährte die monumentale Ausstellung internationaler Buchkunst in Leipzig. Sie verdiente letztes Lob und eifriges Studium. Nach Aufbau und Anordnung ist sie ein schätzenswertes Wohltat. Sie füllte sämtliche Räume des Museums am Augustusplatz, das man kaum wiedererkenn, so maniertlich, so einladend und trotz der vielen kleinen Objekte ruhig und gesammelt wirken die Kabinette.

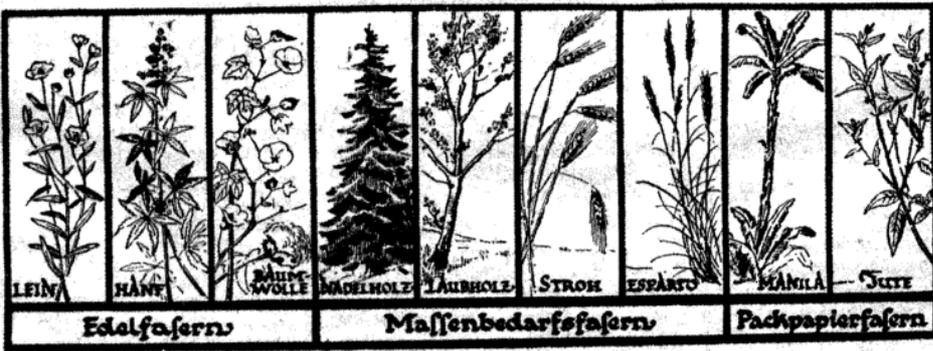
Deutschland beweist bei dieser internationalen Prüfung vorzüglichen Bestand. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß die übrigen Länder nicht so umfassend wie der Gastgeber zeigen können, was sie hervorbringen, bleibt doch das gesicherte Urteil eines bemerkenswerten Vorranges, einer erstaunlichen Beweglichkeit und einer bestrebenden Reife der deutschen Buchkunst.

Während England, wie man wußte und wie die Leipziger Ausstellung bestätigt, bei seiner erhabenen Tradition, dem Vorbild des europäischen Buches, bei der Klaff des William Morris und der Idylle der Präraffaeliten, mit bewußtem Konservatismus beharrt, während auch Frankreich noch immer in der Erinnerung lebt und die Stile der letzten Könige pflegt, hat Deutschland auf breitem Grund, unter Hinzuziehung einer bedeutamen Schar von Technikern und Künstlern, ein neues und reiches Buchgewerbe geschaffen. Die Befreiung vom verrufenen Prachtwert zum Gebrauchsbuch hat vorzüglich auf Deutschland gesundend eingewirkt; hier, wo die Not vielfältig groß war, ist auch der Heilprozess um so spürbarer. Aber nicht Vernachlässigung erfolgte; im Gegenteil, es drängen sich die Persönlichkeiten, die, bei Wahrung des sachlichen Behorams gegen das Geseß des Buches, der Rhythmik des Buchstabs und seiner Kombination immer wieder neue, klare und eindrucksvolle Anordnungen finden.

Dazu gefeßt sich eine Schar von Zeichnern, von Illustratoren, die das Seitenbild verschönern und den Inhalt in lesbare Bilder bringen. Die Namen dieser Buchmeister zu nennen, würde bedeuten, den Katalog der deutschen Abteilung in Leipzig abzuschreiben. Es gibt kein anderes deutsches Gewerbe, wo der Kritiker der Form so entworfen vor dem Ueberflusß steht.



Einf: Die Bütte.



Edelfasern

Massenbedarfsfasern

Packpapierfasern

# Für unsere Betriebsräte

## Das Elend.

Das Elend greift in jeden Menschenhaufen  
und faßt mit Kreischen Kind und Mann und Greis;  
den treibt's zum Hängen, jenen zum Erhängen,  
den wirft es lachend in des Lasters Kreis.

Und wo es schritt, da liegen sie am Wege,  
von Ungeziefer und von Schmutz beschwert,  
in einem dumpfig kotigen Belege;  
das hier und da die schwarze Pest durchfährt.

Wes Augen hier sich zaghaft nicht verschließen,  
ihr Recht bezweifelnd an dem Gottgenuß,  
wem hier die Tränen nicht vom Auge fließen,  
wenn er empfängt der Schönheit holden Gruß,

indes zu Füßen ihm in tausend Qualen  
die Menschheit fallend sich und ächzend krümmt  
und von den reichgefüllten Schönheitsschalen  
nicht eine Gabe sich herunternimmt;

wes Busen hier in eigennütigen Freuden  
vergehend, nicht des Jammers Stimme hört,  
wem hier ein mächt'ger breiter Strom der Leiden  
nicht seines Freudenjensees Spiegel stört —

der ist nicht wert, den Himmel zu empfangen,  
dem sei vergällt der schmähliche Genuß,  
dem hemmen tausend Seile, tausend Sengen  
erbarmslos den lustbegierigen Fuß!

Gerhart Hauptmann (Promethidentos).

## Arbeiterinnen als Betriebsräte.

Bereits bei der Annahme der Reichsversaffung waren im Artikel 165 den Arbeitern und Angestellten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in den Betriebsräten verbürgt worden, die dann im Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 ihren Niederschlag fanden. Selbstverständlich kennt das Gesetz keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten. Sie sind also beide gleichberechtigt. Wenn die Arbeiterinnen auch nicht in so starkem Maße von diesem Rechte Gebrauch gemacht haben, wie das wünschenswert und notwendig ist, und insbesondere ihrer zahlenmäßigen Stärke entspricht, dann kann man nichtsdestoweniger mit den Anfangserfolgen einigermaßen zufrieden sein.

Der Kontrast ist allerdings noch ziemlich groß, besonders in Berufen, wie dem unrigen, der zu zwei Drittel vom weiblichen Element durchsetzt ist, und die in unserem Verband Organisierten im gleichen Verhältnis zu einander stehen. Während wir nur 34 Proz. männliche und 66 Proz. weibliche Mitglieder haben, war nach unserem letzten Jahresbericht das Verhältnis bei den Betriebsräten ein umgekehrtes. Von den ermittelten 2228 Betriebsratsmitgliedern waren nur 780 gleich 35 Proz. weiblichen und 1448 oder 65 Proz. männlichen Geschlechts. Es entspricht das fast dem gleichen Verhältnis wie im vorhergehenden Jahre. Wenn man aber sich vergegenwärtigt, daß diese rund 800 Kolleginnen, die als Betriebsratsmitglieder mitwirken, überall mitraten und mitarbeiten müssen und oft täglich vor neue Aufgaben gestellt werden, dann kann man wohl sagen, daß uns hier ein Stamm von Fun-

tionärinnen erwächst und sich entwickelt, dessen segensreicher Einfluß sich allmählich immer stärker zeigen wird.

Daß viele unserer Kolleginnen an Fähigkeiten und Mut nicht hinter den Kollegen zurückstehen, wird kaum jemand bezweifeln. Daß sie aber schon heute manchem Kollegen überlegen sind, beweisen u. a. übereinstimmende Berichte mehrerer Zahlstellen über die Tätigkeit der Kolleginnen als Betriebsratsmitglieder. So heißt es z. B. im Luchswalder Bericht:

„Hervorzuheben ist die Tätigkeit des Betriebsrates der Briefumschlagfabrik, der nur aus Kolleginnen besteht, die aber ihre Pflicht so erfüllen, daß sie manchem Kollegen zum Vorbild dienen könnten.“

Ebenso anerkennend spricht sich der Dresdener Bericht mit folgenden Worten aus:

„Sehr anzuerkennen ist die oft nicht leichte Tätigkeit der Kolleginnen, die sich in taktvoller Weise seit Jahren behaupten und als Vorbilder gegenüber der Drückbergerei ihrer männlichen Kollegen Mustergültiges leisteten.“

Das sind ehrende Zeugnisse für unsere Kolleginnen, die für sich selbst sprechen und die zu den besten Hoffnungen berechtigen. mk.

## Betriebsräte und Gewerbeaufsicht.

Das Betriebsrätewesen hat sich erst nach geraumer Zeit im Wirtschaftsleben richtig eingepiegt. Nicht nur die Arbeiter, auch verständige Unternehmer möchten die Betriebsvertretung heute nicht mehr missen. Der Wert der Betriebsvertretungen wird treffend im Bericht über die Tätigkeit des Hamburger Gewerbeaufsichtsamts hervorgehoben. Die „Freie Gewerkschaft“, das Organ des Hamburger Ortsausschusses, zitiert ausführlich diesen Bericht. Folgende Stellen halten wir für besonders wertvoll:

„In den Betrieben, in denen die gesetzliche Betriebsvertretung eingeführt oder erhalten geblieben ist, hat sie ihre Aufgabe in anerkanntenswerter Weise erfüllt. Das Fehlen derselben stellt sich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, besonders bei Verhandlungen über den Erlaß von Arbeitsordnungen, bei der Regelung von Arbeitszeitfragen sowie bei Betriebseinschränkungen und -stilllegungen als Nachteil heraus, weil es ein befriedigendes Uebereinkommen erschwert... Der Verkehr der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Betriebsvertretungen hat sich reibungslos vollzogen und keine Schwierigkeiten verursacht. Letztere haben die Beamten des Gewerbeaufsichtsamts in sachlicher und verständiger Weise unterstützt. Hierbei zeigte sich, daß die Durchführung der Vorschriften, Forderungen und Untersuchungen durch die Mitwirkung der Betriebsvertretungen wesentlich erleichtert wurde. Auch wurde der Eindruck gewonnen, daß die Mitglieder der Betriebsvertretungen sich in erhöhtem Maße mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut gemacht hatten und daß sie bestrebt waren, den Aufbau des Betriebes zu erfassen und bei der Förderung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens mitzuwirken. Nicht selten trug verständige Einwirkung der Betriebsvertretungen dazu bei, daß unter Vermeidung von Ueberarbeit Erwerbslose eingestellt werden konnten... Auf Veranlassung der Betriebsvertretung wurde von einem großen Kaufhaus mit etwa tausend ständig beschäftigten Angestellten ein Ferienheim erworben und von einem Betrieb des Bantgewerbes ein größerer Speisesaal nebst eigener Betriebsküche eingerichtet.“

Das Gewerbeaufsichtsamtsamt in Hamburg ist, wie aus diesen wenigen Sätzen hervorgeht, des Lobes voll über die Wirksamkeit der Betriebsräte. Es wäre zu wünschen, daß auch alle unsere Kollegen und Kolleginnen das schwierige und undankbare Amt des Betriebsrates in gleicher Weise zu schätzen wüßten. Mancher Streit würde vermieden und manches würde verbessert werden können. Denken wir aber immer daran, daß letzten Endes die Gewerkschaften es waren, die diese Einrichtung geschaffen und bis zur jetzigen Höhe entwickelt haben.

## Die Aufgaben der Betriebsräte und Vertrauensleute.

Wenn es je in einer Zeit notwendig war, über die Aufgaben der Betriebsräte und Vertrauensleute zu reden, dann in der heutigen. Beiden muß von vornherein gesagt werden, daß sie, die sie gewissermaßen das Rückgrat der Organisation bilden, sich von Zeit zu Zeit an ihre Pflichten erinnern lassen müssen, ohne sich dadurch in ihrer Würde herabgesetzt zu fühlen. Nichts liegt uns ferner, als diesem Funktionkörper ein Mißtrauensvotum auszustellen. Die einsichtigen Funktionäre werden aber wissen, daß nur durch restlose Erfüllung der schwierigen Aufgaben die Organisation erst in der Lage ist, die ihr gestellten Aufgaben zu lösen.

Alle Dinge müssen betrachtet werden, wie sie sind und nicht wie man sie gern haben möchte. Als ein Fortschritt muß es aber schon angesehen werden, wenn man Fehler erkennt und bemüht ist, sie abzustellen. Daß von den Betriebsräten heute noch allzuviel Fehler gemacht werden, ist nicht von der Hand zu weisen und wir brauchen uns auch gar nicht zu scheuen, dieses auszusprechen. Darin liegt eben der Fortschritt, daß man die Fehler erkannt hat und sie nicht wieder zu machen braucht. Als ein Fehler muß es schon angesehen werden, daß bei jeder Neuwahl von Betriebsräten andere Kollegen auf den Posten gewählt werden, angeblich darum, wie man oft hören kann, weil sich der alte Betriebsrat nicht bewährt hat. Wenn auch in einzelnen Fällen einmal ein Personenwechsel im Interesse der Arbeitskollegen notwendig erscheinen kann, so bildet der häufige Wechsel des Betriebsrats viel eher eine Gefahr als einen Fortschritt für das Ganze.

Noch viel schlimmer ist aber, wenn Betriebsräte, die sich bewährt haben, aber durch das Verhalten ihrer Mitarbeiter amtsmüde geworden sind, bei der nächsten Wahl sich nicht wieder wählen lassen wollen und den Schreibern das Feld räumen. Die Folge wird sein, daß der neugewählte Betriebsrat die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen kann und somit das Ganze mehr Schaden als Profit hat. Wäre die Gesamtarbeiterschaft heute 5½ Jahre nach dem Bestehen des Betriebsrätegesetzes über die in dem Gesetz verankerten Rechte und Pflichten für die Betriebsräte so informiert, wie sie es sein sollte, dann wäre jeder einzelne in der Lage, den Posten auszufüllen. Leider muß aber heute noch gesagt werden, daß der größte Teil der Arbeiter noch nicht einmal das BRG gelesen hat und keine Uebersetzung ist es, wenn wir feststellen müssen, daß es Betriebsräte gibt, die nicht einmal ein BRG in Händen haben und die sich auf das verlassen müssen, was der Unternehmer ihnen aus dem BRG als richtig sagt. Daß bei solchen Dingen der Arbeitgeber der lachende Dritte ist, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Aber nicht allein der Arbeiterschaft kann der Betriebsrat Schaden zufügen, wenn er über seine im BRG festgelegten Rechte und Pflichten nicht unterrichtet ist, sondern auch dem Unternehmer. In beiden Fällen ist er aber nach demselben Gesetz für seine Handlung haftbar zu machen und ihm persönlich droht ein viel größeres Unheil. Hierüber muß sich der Betriebsrat im klaren sein und aus dem Grunde ist

es notwendig, als Betriebsräte nur solche Kollegen und Kolleginnen zu wählen, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Grundlegend für die Erfüllung der Aufgaben der Betriebsräte ist ihre Einstellung zur Organisation. Jedes Selbstständigkeitsgefühl in Ehren, aber wenn die Betriebsräte dadurch den Kontakt mit ihrer Organisation verlieren, dann wird die Selbstständigkeit zur Eigenbrötelei. Ohne die Organisationen können die Betriebsräte ihre Aufgaben nicht erfüllen und überall, wo auch nur der Versuch gemacht wird, wird er zum Schaden der Allgemeinheit auslaufen.

Schon der § 1 des BRG sagt deutlich, zu welchem Zweck die Betriebsräte gewählt werden sollen. An den Gewerkschaften müssen daher die Betriebsräte ihren Halt suchen und finden. Nichts wäre verkehrter, als wenn sie glauben, sie können dank der neuen gesetzlichen Regelung, die den Betriebsvertretungen einen erhöhten Einfluß in den Betrieben gewährt, ohne die Gewerkschaften diese Aufgabe lösen. Nur wo starke Organisationen hinter ihnen stehen, wird ihnen dieses gelingen.

Nichts wäre aber auch im volkswirtschaftlichen Interesse schädlicher, als eine vom Betrieb ausgehende Regelung des Arbeitsverhältnisses. Sie würde den Gedanken der Solidarität, der von der Rentabilität des einzelnen Betriebes unabhängigen — Einheitlichkeit der Arbeitsbedingungen zerstören zugunsten eines beschränkten Betriebsegoismus und den kapitalistischen Konkurrenzneid auch in der Arbeiterschaft züchten. Sie würde es dahin bringen, daß der Zufall der Arbeitsstelle für die Lebenshaltung der einzelnen Angehörigen des gleichen Berufes von entscheidender Bedeutung ist.

Das BRG geht in seinem Grundgedanken davon aus, daß die Betriebsvertretungen im Zusammenwirken mit den Organisationen ihre Aufgaben erfüllen. Gleichsam programmatisch weist es in § 8 darauf hin, daß die Schaffung der Betriebsvertretungen die Befugnis der wirtschaftlichen Vereinigungen, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, unberührt lasse, es sieht die Zuziehung der Gewerkschaftsvertreter — mit beratender Stimme — zu den Sitzungen des Betriebsrats wie zu den Betriebsversammlungen vor: In der Durchführung der von den Organisationen abgeschlossenen Tarifverträge erblickt es eine der wesentlichsten Aufgaben des Betriebsrats. Nicht Betriebsrat oder Gewerkschaft muß der Leitgedanke der Betriebsräte sein, sondern Betriebsrat und Gewerkschaft.

### Aus der Praxis der Arbeitsgerichte.

Der Kartonnagenfabrikant Scharff in München, der nebenbei noch eine Spielartenfabrik besitzt, hatte für diesen Betrieb selbstherrlich den Kartonnagenarif eingeführt. Die Belegschaft, die restlos unserer Organisation angehört, glaubte, nachdem die hier maßgebende Spielartenfabrik seit Jahren den „Api“-Tarif anerkannte, ebenfalls diesen Tarif beanspruchen zu können. Der Versuch, auf dem Wege der mündlichen Verhandlung dieses Ziel zu erreichen, scheiterte am fehlenden guten Willen des Inhabers. Der angerufene Schlichtungsausschuß konnte sich trotz unserer durchschlagenden Gründe nicht entschließen, zu urteilen. Er erklärte sich, da beide in Frage stehenden Tarife rechtsverbindlich seien, für nicht zuständig mit dem Rat, Feststellungslage beim Arbeitsgericht zu erheben. Herr Scharff suchte unterdessen durch eine Arbeitsordnung, die den Kartonnagenarif für die Spielartenfabrik vorsch, eine Bedingung. Die hierzu verlangten Unterschriften wurden von unseren Kollegen und Kolleginnen verweigert. Erst durch Drohung mit Entlassung fanden sich leider einige Arbeiterinnen, die ihre Unterschrift abgaben. Eine Kollegin wurde, aufseiner zur Abschreckung, auch tatsächlich entlassen. Meistertlich versteht es der Herr, durch allerlei verdeckte Maßnahmen das Koalitionsrecht zu unterbinden.

Die Feststellungslage vor dem Arbeitsgericht, die unter dem Vorbehalt des Amtsgerichtsrates Dr. Gist zur Verhandlung kam, zeitigte Vorgänge, die eine scharfe Kritik herausfordern. Herr Dr. Gist, Herausgeber eines Kommentars zum Arbeitsgerichtsgesetz, in dem der Abdingbarkeit der Tarife das Wort geredet wird, stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Spielartenfabrik ein Nebenbetrieb des Kartonnagen-

betriebs und somit der Kartonnagenarif als zu Recht bestehend anzusehen sei. Der Hinweis, daß dieser Betrieb räumlich mehrere Kilometer getrennt und finanziell unabhängig vom Kartonnagenbetrieb geführt wird und daß ferner der Konkurrenzbetrieb hier und andere auswärtige Spielartenfabriken seit Jahren den „Api“-Tarif anerkennen und daß es doch ein Verstoß gegen die guten Sitten sei, der Arbeiterschaft der beklagten Firma einen niedrigeren Lohn zu bezahlen, konnten den Herrn Arbeitsgerichtsvorsitzenden Dr. Gist nicht bewegen, der Arbeiterschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Unser Hinweis auf die Anerkennung des Steindruckertarifs für den Steindrucker im Betrieb ergab die interessante, wenn auch ungläubliche Auffassung des Herrn Dr. Gist, der da meinte, daß die Anerkennung des Steindruckertarifs für den Steindrucker eine Gutwilligkeit des Herrn Scharff sei! Verpflichtet dazu wäre die Firma nicht, sie könnte selbst für den Steindrucker auch nur den — Kartonnagenarif bezahlen! Höher gehts doch nimmer. Die Eröffnung des Herrn Vorsitzenden, daß wir die Klage weiterführen können, doch betrage das Streitobjekt 3000 Mk., widersprach den tatsächlichen Verhältnissen, da das Klageobjekt nur 600 Mk. ausmachte. Die weitere Bemerkung des Herrn Dr. Gist, daß er das Urteil der weiteren Instanz, Ablehnung des „Api“-Tarifs, schon fertig habe, ist doch mindestens eine Annäherung, die ihm nicht zuzustehen dürfte.

Obwohl es von prinzipieller Bedeutung gewesen wäre, diesen Streit zu Ende zu führen, sahen wir von der Weiterführung des Prozesses ab, da ein Teil der Belegschaft entlassen wurde und ein anderer Teil den Einschüchterungsmaßnahmen des Herrn Scharff zum Opfer fiel. Richtiger wäre es von der Belegschaft gewesen, angesichts der Sachlage erst recht Fähigkeit und Ausdauer zu zeigen, um bei geeigneter Zeit den Herrn Scharff daran zu erinnern, daß es auch noch Kräfte gibt, denen er sich beugen muß. Aber auch bezüglich der Rechtsprechung wird es Aufgabe der Arbeitsrichter wie auch der Gesamtarbeiterschaft sein müssen, dahin zu wirken, daß alle engstirnigen und rückwärtigen Begriffe aus der Arbeitsgerichtsrechtsprechung verschwinden. ×

### Die Entschädigung der Arbeitsrichter.

Nach § 25 des Arbeitsgerichtsgesetzes erhalten die Beisitzer, die bei den Arbeitsgerichten den Namen Arbeitsrichter, bei den Landesarbeitsgerichten den Namen Landesarbeitsrichter und beim Reichsarbeitsgericht den Namen Reichsarbeitsrichter führen, eine angemessene Entschädigung für den ihnen aus der Wahrnehmung des Beisigeramtes erwachsenen Verdienstausfall, für ihren Aufwand, sowie die Fahrtkosten. Der Reichsarbeitsminister hat nun mit dem Reichsfinanzminister in einer Verordnung über die Entschädigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer der Arbeitsgerichtsbehörden die Entschädigungsätze festgelegt.

Die Entschädigung beträgt für den Verdienstausfall — und zwar für jede angefangene Stunde der durch die Amtstätigkeit veräumten Arbeitszeit — wenigstens 20 Pf. und höchstens 1,50 Mk. Die Höhe der Entschädigung wird im Einzelfall unter Berücksichtigung der regelmäßigen Erwerbstätigkeit festgesetzt. Die Entschädigung wird für höchstens zehn Stunden für den Tag gewährt.

Die Beisitzer erhalten weiter neben der Vergütung für den Verdienstausfall für den mit ihrer Amtstätigkeit verbundenen Aufwand für jeden Sitzungstag eine Entschädigung. Sie beträgt für die Beisitzer der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte bei einer Sitzungsdauer bis zu vier Stunden 1,50 Mk., bei längerer Sitzungsdauer 3 Mk. Beisitzer, die nicht innerhalb der politischen Gemeinde des Sitzungsorts wohnen, erhalten außerdem eine weitere Entschädigung von 3 Mk. für den Sitzungstag und jeden weiteren Reisetag. Für Reichsarbeitsgerichtsbeisitzer, die innerhalb der politischen Gemeinde des Sitzungsorts wohnen, beträgt die Entschädigung 6 Mk. für den Sitzungstag. Auswärtige Beisitzer erhalten für den Sitzungstag und jeden Reisetag eine Entschädigung von 12 Mk.

Neben diesen Entschädigungen wird noch ein Ueberechnungsgeld gewährt, wenn durch die Wahrnehmung des Arbeitsrichteramtes eine auswärtige Ueberechnung erforderlich wird. Das Ueberechnungsgeld beträgt für die Arbeits- und Landesarbeitsgerichtsbeisitzer in besonders teuren Orten

7 Mk., in anderen Orten 5 Mk. Welche Orte als besonders teuer gelten, bestimmt sich nach den Vorschriften über Dienststellen der Reichsbeamten.

Fahrtkostenentschädigung wird den Beisitzern der Arbeitsgerichtsbehörden gegeben, die nicht innerhalb der politischen Gemeinde des Sitzungsorts wohnen. Es werden immer die wirklich erwachsenen Auslagen, einschließlich der Kosten für Beförderung und Versicherung des Gepäcks, gewährt. Zurück-erstattet wird bei Benützung von Eisenbahnen höchstens der Fahrpreis für die dritte Wagenklasse. Die Reichsarbeitsgerichtsbeisitzer erhalten höchstens den Preis für die zweite Wagenklasse. Für Wegstrecken, die nicht mit dem Verkehrsmittel der Eisenbahn und des Schiffs zurückgelegt werden können, wird für jeden Kilometer 10 Pf. gerechnet. Kosten für Fahrten und Wege innerhalb der politischen Gemeinde des Wohnorts und des Sitzungsorts werden nicht erstattet.

Das sind die Richtlinien, nach denen die Entschädigungen der Arbeitsrichter zu bemessen sind. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts legt die Entschädigung und die erstattungsfähigen Fahrtkosten endgültig fest.

Die Tätigkeit des Arbeitsrichters ist ein Ehrenamt. Ehrenämter bringen aber für den Inhaber finanzielle Belastungen. Es ist nicht mehr wie billig, wenn die durch die Ausübung des Ehrenamts entstandenen Ausgaben und Verluste dem Träger des Ehrenamts zurückerstattet werden. Die vom Reichsarbeitsminister und vom Reichsfinanzminister festgesetzten Entschädigungsätze für die Arbeitsrichter sind nicht fürstlich zu nennen. Abgesehen davon, daß die Entschädigungen nicht dazu dienen sollen, dem Träger des Ehrenamts lucrative Nebeneinnahmen zu vermitteln, dann ist es doch ein Gebot der Gerechtigkeit, ja eine Notwendigkeit, soll das Ansehen der Arbeitsrichter bei den ordentlichen Richtern nicht leiden, daß die Entschädigungsätze für die Arbeitsrichter in derselben Höhe festgelegt werden, wie sie für den Vorsitzenden der Arbeitsgerichte festgelegt sind. So ist der ordentliche Vorsitzende zur Fahrt in der zweiten Klasse berechtigt und sein Spesenfuß beträgt gegen 21 Mk. und darüber hinaus. Die Arbeitsrichter sollten also den juristisch vorgebildeten Arbeitsrichtern auch in den materiellen Belangen gleichgestellt sein. Doch durch die Einführung von zweierlei Maß der Entschädigungsätze wird ohne weiteres die Person und die Tätigkeit der Laienarbeitsrichter herabgesetzt. Und damit gleich die ganze Sache. Dies liegt gewiß nicht im Sinn der neuen Arbeitsgerichtsbarkeit. Die Arbeitsrichter müssen gegen eine solche Behandlung protestieren. Schon aus Prestigegründen müssen die Arbeitsrichter darauf bestehen, daß ihnen dieselbe Behandlung zuteil wird wie den Vorsitzenden. Oder soll die Stellung des Vorsitzenden von höherer Qualifikation sein wie das Amt der Arbeitsrichter? Die getroffene Regelung schafft ein unerträgliches Mißverhältnis. Wenn nun schon einmal das Amt eines Arbeitsrichters eingeführt worden ist, dann muß auch den Arbeitsrichtern die gleiche Behandlung in ihrer materiellen Stellung zugebilligt werden, wie sie den anderen Herren Richtern zuteil wird. Demotritos.

### Schutzlos, wenn kein Betriebsrat da ist!

Der Eisarbeiter Adolf M. hält sich zu Unrecht von der Firma R u Co. entlassen und beanprucht seine Wiedereinstellung, da eine erhebliche Härte im Sinne des § 84 Abs. 1 BRG. vorliege.

Ein Betriebsrat bestche bei der Beklagten nicht, so daß die Formvorschriften nicht hätten innegehalten werden können. Die Beklagte hält sich für berechtigt zur Entlassung des Klägers und wendet ein, daß der Einspruch mangels Verhandlungen eines Betriebsrats unzulässig sei.

Dem Kläger wird von Gerichtsseite vorgehalten, daß Voraussetzungen für einen Einspruch gegen erfolgte Entlassung die Anrufung des Arbeiterrats sei. Erst wenn dieser den Einspruch für begründet erklärt habe, und eine Verständigung mit dem Unternehmer nicht erreicht sei, könne der Arbeiter klagen werden. Kläger entschließt sich darauf zur Zurücknahme seiner aussichtslosen Klage. — Arbeiter in Betrieben ohne Betriebsrat geben eben ihre Rechte aus §§ 84, 86 BRG. verlustig.

**Die Gewerkschaften marschieren.**

Das Jahr 1927 wird für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen des Aufschwungs werden. Fast allgemein ist eine starke Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Neuerdings berichtet der Metallarbeiterverband von einem wesentlichen Fortschritt bezüglich der Gewinnung von Mitgliedern. Der Baugewerksbund kann eine Zunahme von 40 000 bis 50 000 verzeichnen. Der Steinarbeiterverband beziffert die Gesamtsteigerung der Mitgliedschaft seit 1924 mit 17 576 oder rund 40 Prozent. Das sind nur einige Gewerkschaften, die wir herausgreifen wollten. Auch die übrigen schreiten rüstig fort. Geht die Entwicklung so weiter, dann werden die Scharten der letzten Jahre recht bald wieder ausgeweht sein.

Bei der Beurteilung dieses Zuwachses ist zu berücksichtigen, daß es sich um eine reguläre Werbetätigkeit handelt, und daß außerhalb stehende Momente, wie in der Inflation und unmittelbar nach dem Kriege, ausgeschaltet sind. Nur ein steter und konsequenter Aufbau der Gewerkschaftsbewegung bietet sicheren Erfolg. Und wie steht es mit der Werbetätigkeit in unserm Verband?

**29 Jahre im Dienste eines Unternehmers und dann — entlassen.**

Nach unseren Erfahrungen ist das, was die Ueberschrift besagt, keine Erscheinung, die nur nebenbei einmal passiert. Wir wissen vielmehr, daß der Unternehmer immer einen Grund findet, wenn die Arbeitskraft verbraucht ist, die betreffenden Arbeiter oder Arbeiterinnen aus dem Betriebe zu entfernen.

In der Buchbinderei J. F. Fischer, Leipzig (Inhaber Leiscker), spielte sich folgende Tragödie vor dem Arbeitsgericht ab. Ein Schwerunfallbeschädigter, der zwei Jahre im Betriebe stand, hat das Verlangen, seine Stubentür mit einem Namenschild zu verschönern. Den Auftrag bekommt der Presser, der 29 Jahre dem Unternehmer treue Dienste geleistet hat. Nach langer Zeit besinnt sich der Presser auf diesen Auftrag und führt ihn aus. Der Presser macht drei Abdrücke auf je ein Stückchen Karton und übergibt diese seinem Auftraggeber. Der Auftraggeber lehnt die Annahme ab mit der Begründung, schon ein Schild zu besitzen, und legt die Abdrücke achtlos beiseite. Nach einiger Zeit wird ausgeräumt und der Inhaber der Firma findet den Indizienbeweis eines Diebstahls. Hierauf Entlassung beider Beteiligten. Vor Gericht konnte der Beweis nicht erbracht werden, daß der Presser, der 29 Jahre im Betriebe stand, eigenmächtig sich derartige Sachen hatte zuschulden kommen lassen. Er hatte immer um Erlaubnis gefragt. In diesem Falle war aber der Inhaber nicht zugegen und so unterblieb aus diesem Grunde die Einholung der Erlaubnis, die sonst immer erteilt worden ist.

Wenn wir selbst auch die Bucharbeit im Betriebe vorwerfen, so soll aber hiermit festgestellt werden, daß selbst unbedeutende Vorgänge von den Unternehmern bemerkt werden, um einen Arbeiter, der ein Menschenalter seine Arbeitskraft ein und denselben Betrieb zur Verfügung gestellt hat, eines Tages erbarmungslos auf die Straße zu werfen. Charakteristisch dabei ist, daß dieses Unorganisierte passieren mußte, die doch nach ihrer eigenen Auffassung die „lieben Binder“ sind. Aber auch hier macht das Unternehmertum keine Ausnahmen, selbst der Unorganisierte steigt, wenn — er alt und verbraucht ist. H e s c h e.

**Aus der Liniererebranche.**

In Nr. 29 der „Buchbinder-Zeitung“ bringt ein Buchbinder einen Artikel über unsere Branche. Er führt an, unter welchen Umständen ein Buchbinder zum Linierer werden kann. Ich stelle die Frage: Kann ein Buchbinder von seinem Vorgesetzten gezwungen werden, als Untunbiger eine Liniermaschine zu bedienen? Ein tüchtiger Buchbinder, der alle vorkommenden Arbeiten und Techniken in seinem

Fach beherrscht, hat ein großes und reiches Arbeitsfeld innerhalb der Buchbinderbranche. Aber leider haben wir auch Kollegen, die da versuchen, das Linieren und Drucken zu erlernen. Ich meine, die Betroffenen sollten vor allen Dingen um Linieren nicht schädigen, indem sie durch ihre „Selbstausbildung“ Maschinen in Grund und Boden fahren. Durch diese Kollegen wird so manche neue Liniermaschine in kurzer Zeit unbrauchbar. Kommt nun ein Linierer an eine solche Maschine, dann hat er seine liebe Not, brauchbare Arbeit zu liefern. Es ist unmöglich, durch Selbstausbildung eine einwandfreie saubere Linieratur zu erzielen. Wenn Kollege F. D. M. sich durch die Abhandlung in Nr. 21 getroffen fühlt, dann würde ich ihm empfehlen, es einmal in Geschäftsbüchereifabriken mit seiner Selbstausbildung zu versuchen. Weiß er denn, daß in fast jedem Großbetrieb verschiedene Konstruktionen und Systeme vorhanden sind? Mancher Linierer hat Mühe und Not, sich an solchen Maschinen behaupten zu können. Da sind die älteren Systeme von Förste und Tromm, wo Kopf-, Quer- und Längslinieratur in einem Ganzen hergestellt wird. Es ist dies der Wendepunkt. Dann folgt die alte Kopfdruckpresse von Förste und Tromm. Jetzt neuerdings findet man vereinzelt von Reinhard die kombinierter Flachschloppdruck-Liniermaschine, genannt Flakoli. Es folgt dann die Rotationskopfdruckmaschine Rotofol. Dann baut Böttcher und Müller die Flachschloppdruck-Liniermaschine, die an solchen Maschinen arbeiten, werden wissen, was für Anforderungen dort gestellt werden! Kollege F. D. M. muß doch einsehen, daß man den Liniererberuf nicht als Spielerei auffassen darf, sondern daß er die Hauptader der Geschäftsbüchereibranche ist, die tüchtige und geschulte Fachkräfte erfordert. Allen Linierern aber ist zu raten: Schließt euch zusammen, rettet Mißstände aus und beteiligt euch an den Aussprachen in der „Buchbinder-Zeitung“.

Max Meißner, Hamburg.

**Sorgt für Nachwuchs!**

Der Mangel an Funktionären hat in kleineren Zahlstellen oftmals schon empfindliche Störungen im Verbandsleben zur Folge gehabt. Er führt auch zur Ueberbürdung eines kleinen Kollegenteiles. Das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften erweitert sich durch den von uns angestrebten Ausbau der Sozialgesetzgebung ständig ganz bedeutend und mit ihm steigert sich der Bedarf an geeigneten Kräften zur Vertretung der Interessen unserer Mitglieder.

Diesem Mangel an Kräften muß durch das Heranziehen eines geeigneten Nachwuchses abgeholfen werden. Der größte Teil der Arbeiter, der in sozialen Einrichtungen tätig ist, als Geschworene und Schöffen, Beisitzer in den Arbeitsgerichten, Arbeitsnachweisen, Versicherungsämtern, Schlichtungsausschüssen usw., hat keine Vorbildung in und durch die freien Gewerkschaften erhalten. Jetzt steht ein weiteres neues Tätigkeitsgebiet vor uns durch die Umwandlung der Erwerbslofenfürsorge in die Erwerbslofenversicherung.

Um den Einfluß der freien Gewerkschaften auf die Sozialpolitik zu festigen und zu steigern, müssen wir gute Gewerkschafter zur Interessenvertretung heranziehen mit reichem Wissen auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung und mit einer abgetätigten Auffassung. Jeder Kollege bis zum jüngsten ist in der kleineren Zahlstelle zu irgendeiner Arbeit geeignet. Natürlich ist nicht jeder für alles brauchbar. Darum heißt es: Beobachten. Meines Erachtens müßten kleinere Zahlstellen verhältnismäßig mehr Führer hervorbringen als größere. In den letzteren werden sich nur die vorwärtsstürmenden Charaktere Beachtung verschaffen können, während die zögernden unbeachtet bleiben. Unter diesen finden sich oft die wertvollsten Kräfte, ihnen fehlt nur der erste Anstoß. In kleineren Zahlstellen dagegen kommt der Vorstand mit allen Mitgliedern in persönliche Fühlung. Er kann darum die Veranlagung jedes Kollegen prüfen und auch zu der Feststellung kommen, inwieweit Materialismus, Ehrgeiz und Idealismus die treibende Eigenschaft ist. Nicht zu unterschätzen ist die Heranziehung der Kolleginnen zur Mitarbeit.

Die Arbeiterbewegung braucht Männer mit starkem Willen, aber auch mit warmem Herzen, die für ihre Arbeitsbrüder empfinden und mit ihnen kämpfen, ohne auf Dank und Lohn zu rechnen. Unsere Versammlungen und die Zusammenarbeit im Betrieb

bieten reichliche Gelegenheiten zum gegenseitigen Sichkennnenlernen und Befahren. Wir sind nicht alle aus einem Holz und nicht alle in einer Atmosphäre aufgewachsen. Daher ist es verständlich, wenn Kollegen, die den Sinn unserer Bewegung noch nicht ganz erfaßt haben, anders denken als wir Heißsporne, die sich ihrer Auffassung entsprechend äußern. Eine falsche Ansicht läßt sich nicht dadurch korrigieren, daß man den Redner schroff anspricht, sondern nur durch sachliche Aufklärung, wie das im allgemeinen der Fall sein sollte. Dadurch nur wird das Vertrauen gestärkt, gewinnen wir neue Freunde, die für unsere Ziele mit Freude arbeiten. Unangebrachte Härte stößt ab, bringt Verärgerung und Unlust, wenn nicht gar der Betroffene uns den Rücken kehrt.

Ungeeignetheit und Unwillde sind oft die Ursache, daß die Befehle der Vorstands- und anderer Funktionsposten auf Schwierigkeiten stößt, wodurch die wenigen Tätigen überlastet und leicht amtsüde werden und so die Vorwärtsentwicklung gehemmt wird. Darum sorgt verantwortungsbewußt für Nachwuchs.

E. Hauptmann, Königsberg.

**Einführung einer Film-Volks-Wochenschau**

Mit der zunehmenden nationalistischen Verseuchung des Films, insbesondere durch das Mittel der sogenannten Wochenschauen, haben sich auch die Wünsche aus den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gemehrt, diesen reaktionären Tendenzdarbietungen eigene Darbietungen entgegenzustellen. Jetzt nun ist der erste Schritt zu diesem Ziele verwirklicht worden durch die Schaffung einer „Volks-Wochenschau“. Diese will durchwegs bemüht sein, über alle wirklich wichtigen Tagesereignisse in der Welt zu informieren, aber sie wird nicht gerade Fürstenbesuche und Empfänge zu diesen wichtigen Ereignissen zählen, ebensowenig die Wahl von „Sommerköniginnen“ und ähnlichen Fagereien in irgendwelchen mehr oder minder feudalen Bädern und „Kur“-Orten. Statt dessen wird sie über solche Ereignisse berichten, die für das arbeitende Volk von Interesse sind, die es selber angeht.

Selbstverständlich ist aber auch damit zu rechnen, daß die bestehenden kapitalistischen Filmkonzerne darauf bedacht sein werden, das Auskommen der „Volks-Wochenschau“ nach Möglichkeit zu verhindern, und zwar nicht nur allein aus Konkurrenzgründen. Es ist deshalb erforderlich, daß sich die Organisationen der Arbeiterschaft überall dafür einsetzen, daß in den von der Arbeiterschaft besuchten Lichtspieltheatern die „Volks-Wochenschau“ aufgeführt wird. Wenn die Arbeiter ihre Macht als Konjumenten auch auf diesem wichtigen Gebiet geltend machen, dann können sie ihrem Willen durchaus Geltung verschaffen. Anfragen sind zu richten an den Reichsausschuß für Sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Meisterkursus der Berliner Buchbinderinnung.**

Am Sonnabend, dem 8. Oktober, beginnt der neue Meisterkursus in der Fachschule, Berlin O 33, Schlefische Straße 4.

An diesem Kursus können teilnehmen: Gehilfen, die sich zur Meisterprüfung vorbereiten und Meister, die sich in der vorgeschrittenen Technik unseres Handwerks weiterbilden wollen.

Unterrichtsgegenstände sind:

1. Der gute Handeinband (Halbfranz, Pergament und Ganzleiderband) sowie Handergolden. Leitung: Herr Gerlach.

2. Das exakte Kontobuch sowie Marmorletzen. Leitung: Herr Treppin.

Der Unterricht wird abgehalten am 8. Oktober jeden Sonnabend nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Es ist dadurch jedem Teilnehmer möglich, an den Kursen ohne Arbeitszeitverlängerung teilzunehmen.

Das Honorar beträgt für den halbjährigen Kursus 40 M.

Anmeldungen sind möglichst umgehend an den Unterzeichneten zu richten, da nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmern aufgenommen werden kann.

H. Behre, Obermeister, Berlin O 27, Paul-Singer-Straße 100.

## Dresden als Kongreß- und Ausstellungsstadt.

Viele Unternehmervereinigungen benutzen jährlich die sogenannte Jahreschau am hiesigen Orte, um ihre Tagungen in Dresden abzuhalten. Die diesjährige Ausstellung, betitelt: „Das Papier“, brachte auch unserer Zahlstelle schon mehrfach den Besuch von auswärtigen Kolleginnen und Kollegen mit Angehörigen.

Die hierzu gehörigen mannigfachen Arbeiten unseres rührigen Bildungs- und Festausschusses und der Ortsverwaltung, wie auch die erforderlichen Kosten für die Lokalkasse, wurden natürlich gerne in den Kauf genommen. Dienten diese Besuche und Zusammenkünfte doch neben der Bereicherung der Kenntnisse für den einzelnen, ebenfalls dem gegenseitigen Kennenlernen und der Hebung des kollegialen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Außer den vielen Besuchen kleinerer Kolonnen sind besonders hervorzuheben das zweitägige Verweilen unserer Kollegenschaft aus Deutschböhmen (Graphische Union) am 14. und 15. August und das von der Gauleitung an Stelle eines Gaudages seit langem vorbereitete Sachsentreffen am 21. August, wobei wir auch viele Teilnehmer, die außerhalb Sachsens beheimatet sind, begrüßen konnten. Von den Erstgenannten waren circa 150 erschienen, zum Sachsentreffen gegen 700. Da gab es einmal wieder fröhliche Gesichter und freundschaftliches Händeschütteln. Wenn wir auch mit den Weitermachern annehmbares Geschäft abgeschlossen hatten, dann ließ leider die Kürze des Aufenthaltes unseren Gästen kein allzu langes Verweilen in der Ausstellung, zur Besichtigung der Stadt, wie auch bei den Kommerzien zu, jedoch ist sicher, daß fast alle Teilnehmer noch oftmals gerne an die verlebten Stunden zurückdenken werden.

Am Sachsentreffen gedachte neben eines Dankes an die Zahlstelle Dresden Kollege Miering des verstorbenen Anregers dieses Treffens unseres Freundes und Führers Emil Pfühe, den viele Anwesende schmerzlichst vermissen. Weiter erhoffte Miering für die Zukunft für den Gau und den Verband gute Teile dieser Zusammenkunft.

Kollege Lange wies in einer kurzen Begrüßung auf die Ehre des Tages für Dresden hin und auf die Ausstellung, die eine vervielfachte Verwendung des Papiers und begünstigenden Einfluß auf unseren Beruf erwarten ließ. Hieran knüpfte er die Mahnung, daß die Kollegenschaft nicht veräumen solle, einen eventuellen beruflichen Aufschwung auch in ihrem Sinne zu nützen und geeint einzustehen für den Kampf vom grauen Heute zum sonnigen Morgen.

Am späten Abend versicherten viele Abreisende, daß die von kollegialem Geist erfüllten Stunden im schönen Dresden für sie viel zu schnell veronnen seien und wieder erschalle an allen Ecken ein „Auf fröhliche Heimfahrt und dito Wiedersehen!“ Im letztgenannten Sinne bewegte sich auch die Auffassung der Gastgeber und hoffen wir ebenfalls zuversichtlich, daß später bei ersten Anlässen diese guten Vorbilder der Zusammengehörigkeit für die deutschböhmischesowohl, wie für die sächsische Kollegenschaft tausendfältig gute Früchte zeitigen werden.

Die starke Beteiligung der Plauener Kollegen und Kolleginnen an der Fahrt nach Dresden zur Besichtigung der Ausstellung war vor allem dem Umstand zu verdanken, daß die hiesige Firma F. W. Kaiser, auf Anregung des Betriebsrats, allen nach Dresden fahrenden Kollegen und Kolleginnen das halbe Fahrgehalt und ihren Lehrlingen das volle Fahrgehalt zur Verfügung stellte. Ebenso hat die hiesige Firma Moritz Wieprecht ihren Arbeitern das volle Fahrgehalt bezahlt. Die Förderung des Besuches der Ausstellung durch die genannten Firmen fand bei den in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen volle Anerkennung. Das Verhalten der beiden Firmen kann allen anderen aufs wärmste zur Nachahmung empfohlen werden.

Die Plauener Kollegenschaft nimmt Gelegenheit, an dieser Stelle den Kollegen der Zahlstelle Dresden für den herzlichen Empfang und das große Entgegenkommen während ihrer Anwesenheit beim Sachsentreffen den wärmsten Dank auszusprechen. Möge es uns vergönnt sein, die Dresdner Kollegen in unserer Vaterstadt recht bald einmal begrüßen zu können.

Zahlstelle Plauen.

## Zählst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 37. Wochbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

## Berichte.

**Magdeburg.** Am 30. August fand hier eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit der Erhebung von Extrabeiträgen für die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Anmietung eines Kampffonds befaßte. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten referierte hierzu Kollege v. d. Reith. Ausgehend von unserer jetzigen Tarifpolitik wies er auf die Gründe hin, die den Tarifausschuß veranlaßt haben, den Verbandsvorstand zur Ausschreibung eines freiwilligen Extrabeitrags aufzufordern. Das Verhalten der Unternehmer bei den letzten Tarifverhandlungen, das fast vollständig auf Kampf eingestellt war, sowie die beabsichtigte Verschlechterung einer Anzahl tariflicher Positionen durch die Unternehmer, veranlaßten den Tarifausschuß sich mit dieser Einstellung der Unternehmer eingehend zu befassen. Sich vorzubereiten auf einen Kampf sei unter aller Billigkeit doch um einen Kampf zu führen, ist Geld notwendig. Wenn auch unsere Verbandskasse sich gut entwickelt hat, dann ist es doch notwendig, rechtzeitig vorzubauen und für einen starken Kampffonds Sorge zu tragen. Kein Zwangsbeitrag soll es sein, der ausgeschrieben wurde, sondern freiwillig sollen Opfer gebracht werden, damit wir zu den bevorstehenden Kämpfen gerüstet sind. Eindringlichst empfahl Kollege v. d. Reith den Mitgliedern, diesen Extrabeitrag freudig zu zahlen.

Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen entwickelte sich eine rege Diskussion. Fast alle Diskussionsredner erkannten die Notwendigkeit dieses Kampfbetrags an. Ein vom Kollegen Richter eingebrachter Antrag, wonach jedes Mitglied verpflichtet werden sollte, monatlich einen Extrabeitrag zu leisten, fand mit großer Stimmenmehrheit Annahme. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung.

## Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder

und verwandten Geschäftszweige hat das erste Halbjahr 1927 mit folgendem Rechnungsergebnis abgeschlossen:

Beitrags-einnahme	289 067,85 Mk.
Kapitalertragnis	6 322,05 Mk.
Extrasteuer	11 926,85 Mk.
Sonstige Einnahmen	2 408,04 Mk.
Summa	309 724,79 Mk.

Bestand von 1926	231 327,31 Mk.
Gesamtsumme	541 052,10 Mk.

Leistungsausgabe	268 039,62 Mk.
Berf. Verwaltung	25 000,57 Mk.
Sächliche Verwaltung	5 855,54 Mk.
An den Fonds und Verschriebenes	11 970,20 Mk.
Summa	310 866,93 Mk.

Vortrag aufs 2. Halbjahr	230 183,17 Mk.
Gesamtsumme	541 052,10 Mk.

### Abteilung Sterbekasse:

Beitrags-einnahme usw.	25 025,00 Mk.
Kapitalertragnis	4 609,97 Mk.
Summa	29 634,97 Mk.
Bestand von 1926	126 229 29 Mk.
Gesamtsumme	155 864,26 Mk.

Leistungsausgabe	8 842,00 Mk.
Verwaltungskosten usw.	2 492,22 Mk.
Summa	11 334,22 Mk.
Vortrag aufs 2. Halbjahr	144 530,04 Mk.
Gesamtsumme	155 864,26 Mk.

### Gesamtvermögen:

Krankenkasse	230 183,17 Mk.
Sterbekasse	144 530,04 Mk.
Generalversammlungsfonds	17 829,95 Mk.
Gesamtsumme	392 543,16 Mk.

In der Krankenkasse mußten von der reinen Beitragseinnahme 92,7 Proz. für Leistungsausgaben verwendet werden.

Von der Gesamteinnahme der Sterbekasse wurden für Versicherungsleistungen rund 30 Proz., für Verwaltungskosten und Verschriebenes rund 8,3 Proz. und für Rücklagen zum Reservefonds rund 61,7 Proz. verbraucht.

Die Mitgliederzahl der Krankenkasse stieg auf 12 060; davon steuerten 2143 in Abteilung A und 9917 in Abteilung B. Die Sterbekasse zählte am Schlusse des ersten Halbjahres 4633 Mitglieder.

## Zur Beachtung für unsere Unterstützungsauszahler!

In jüngster Zeit mehren sich die Fälle, daß von unseren Unterstützungsauszahlern an zu- und durchreisende „Kollegen“ Unterstützungsgelder ausgezahlt werden, obwohl die um Unterstützung Nachsuchenden nicht im Besitze vollgültiger Legitimationspapiere sind. Wir warnen dringend vor einem solchen Verfahren. Unterstützung irgendwelcher Art aus Verbandsmitteln kann nur ausbezahlt werden, wenn die Berechtigung zum Bezug von Unterstützung einwandfrei feststeht. Laßt sich keiner durch die faulen Ausreden täuschen, daß das Mitgliedsbuch „verloren“ oder „gestohlen“ sei, oder daß es sich aus irgendeinem Grunde in der Zentrale oder in irgendeiner Zahlstelle befinde und nachgehandelt werde. In der Regel sollen durch solche Angaben die Unterstützungsauszahler nur getäuscht werden. Wer auf Unterstützung — gleichgültig welcher Art — Anspruch erhebt, der muß seine Verbandspapiere in Ordnung haben!

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

### Abrechnungen

zum zweiten Quartal gingen weiter bis zum 6. September bei der Verbandskasse ein von: Wittenberg 500,— Mk., = Göttingen 418,40 Mk., = Halle — Mk., = Grimma 2035,44 Mk., Großenhain 330,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Jüttau, Zwickau und Trossingen. Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Das Gebot der Stunde  
Das Jahrbuch des ADGB. für 1926.  
Unser Berufsnachwuchs.  
Im Zeitalter der Organisationen!  
Sie müssen die Erfolge der Gewerkschaften anerkennen.  
Die Ausstellungen in Leipzig und Dresden.  
Für unsere Betriebsräte: Das Glend. (Gedicht.) — Arbeiterinnen als Betriebsräte. — Betriebsräte und Gewerbeaufsicht. — Die Aufgaben der Betriebsräte und Vertrauensleute. — Aus der Praxis der Arbeitsgerichte. — Die Entschädigung der Arbeitsrichter. — Schußlos, wenn kein Betriebsrat da ist.  
Die Gewerkschaften marschieren!  
29 Jahre im Dienste eines Unternehmers und dann — entlassen.  
Aus der Linienbranche.  
Sorgt für Nachwuchs.  
Einführung einer Film-Volks-Wochenschau.  
Meißerkurze der Berliner Buchbinder-Innung.  
Dresden als Kongreß- und Ausstellungsstadt.  
Berichte: Magdeburg.  
Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.  
Zur Beachtung für unsere Unterstützungsauszahler!  
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Abrechnungen.